

## **Bischof Dr. Wolfgang Huber**

Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)

### **Grußwort**

Zur Sudan-Ausstellung des Jüdischen Museums in Berlin

Wo Menschen zu Tausenden umkommen und hingemetzelt werden, wo die Würde des Menschen missachtet wird, können Christen nicht schweigen. Mit dem Stuttgarter Schuldbekennnis von 1945 haben die deutschen evangelischen Kirchen sich der eigenen Geschichte und Verstrickung in Unrecht gestellt. Sie haben beklagt, dass sie nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.

Die deutschen Kirchen haben daraus die Lehre gezogen, dass sie sich ohne Einschränkung dafür einsetzen, die Würde der Menschen zu achten und Schutz vor jeder Form rechtloser Gewalt zu fordern. In dem Darfur-Projekt „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ des Jüdischen Museums Berlin richtet sich der Blick auf die Lage der Menschen in Darfur. Menschen in Darfur erleiden Gewalt, werden verfolgt und ihrer Menschenwürde beraubt. Dazu darf die Welt nicht schweigen. Die Lage in Darfur ist Ausdruck einer tiefen politischen und gesellschaftlichen Krise und zugleich eine Mahnung an die internationale Gemeinschaft, ihrer „Pflicht zu schützen“ (Responsibility to Protect) nachzukommen. Es müssen die tiefer liegenden politischen und gesellschaftlichen Ursachen ebenso wie die äußeren Einflüsse und Interessen, die rechtloser Gewalt Vorschub leisten, angegangen werden.

Einrichtungen der Kirchen leisten an vielen Orten der Welt oft auch gemeinsam mit anderen Organisationen Hilfe für Opfer rechtloser Gewalt.

Sie tun dies ohne Ansehen von Volkszugehörigkeit, politischer Einstellung und Religion. Zugleich setzen sich die Kirchen und Religionsgemeinschaften dafür ein, Strukturen der Gewalt zu überwinden und Bedingungen zu schaffen, die allen Menschen unserer Erde ein Leben in Würde und Sicherheit ermöglichen.

Viele Menschen verschiedener Religionsgemeinschaften sehen die Menschenwürde als ein unzerstörbares, von Gott gegebenes Gut an. Sie wenden sich gegen jede Form der Verfolgung, Diskriminierung und gewaltsamen Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat. Die Evangelische Kirche in Deutschland ermutigt dazu, im Protest gegen das Unrecht nicht nachzulassen und der eskalierenden Gewalt den Willen zur Gerechtigkeit und Versöhnung entgegenzusetzen.

Bischof Dr. Wolfgang Huber

Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland